



### **beratende Mitglieder**

Frau Kristina Böhm	Gesundheitsamt	entschuldigt
Frau Claudia Debring	Kreiselternerat	entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	Schulamnt	nicht entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Doina Sarsaman	Kreisschülerrat	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

### **Beigeordnete**

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete	entschuldigt
---------------------------------	--------------	--------------

### **Gäste:**

Herr Tino Schurad	Polizei BB
Frau Trauth-Koschnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christian Riecke	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Chistina Weidner	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Dr. Anke Maiwald	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Angela Recla	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Manuela Werner	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Nicole Dörnbrack	Schrifführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.06.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Bericht der Jugendvertretung
- 5 Bericht über die Arbeit des Antikonflikt-Teams
- 6 Vorstellung der Arbeit der Jugendgerichtshilfe
- 7 Halbzeitbilanz zur Umsetzung des Jugendhilfeplans

- 8 Richtlinie für die Verhandlung und Festsetzung von Entgelten bei der Gewährung von stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung, sowie Projekten ohne Betriebserlaubnis im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam (Richtlinie Entgelte)  
Vorlage: 16/SVV/0272  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie  
- Wiedervorlage –
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Richtlinie des Jugendamts der Landeshauptstadt Potsdam für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe  
Vorlage: 16/SVV/0410  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0296  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
- Wiedervorlage -
- 11 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.06.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift vom 23.06.2016 zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

Herr Kolesnyk lässt die Tagesordnung unter Zurückstellung des TOP 8 „Richtlinie für die Verhandlung und Festsetzung von Entgelten bei der Gewährung von stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung, sowie Projekten ohne Betriebserlaubnis im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam (Richtlinie Entgelte)“ abstimmen. Im MBSJ konnte wegen Erkrankung des zuständigen Mitarbeitenden die erforderliche Stellungnahme nicht abgegeben werden. Der Tagesordnungspunkt wird daher zurückgestellt Herr Tölke nimmt Kontakt mit dem Ministerium auf, um das weitere Verfahren abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

**zu 2 Informationen des Jugendamtes**

Herr Riecke informiert über die aktuelle Situation der umA. Mit heutigem Datum (14.07.2016) sind in der Landeshauptstadt Potsdam weiterhin insgesamt **108** unbegleitete minderjährige Ausländer in Zuständigkeit des Jugendamtes untergebracht.

In der Inobhutnahme- und Clearingeinrichtung der GFB (Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH) in der Heinrich-Mann-Allee leben tagesaktuell **30** männliche umA. **Zwei** weitere Mädchen und **ein** Junge sind in der Clearingstelle Alma des Diakonischen Werks Oderland-Spree in Fürstenwalde untergebracht. **73** unbegleitete minderjährige Ausländer befinden sich in Anschlusshilfen innerhalb der LHP. Ein Jugendlicher wurde außerhalb der LHP untergebracht.

Die Beschulung während der Clearingphase erfolgt weiterhin in Form eines Deutschkurses in Verantwortung der GFB. Die weitere Beschulung in Willkommensklassen konnte inzwischen sichergestellt werden.

Darüber hinaus werden durch die Arbeitsgruppe „Unbegleitete minderjährige Ausländer“ **17** unbegleitete minderjährige Ausländer betreut, die sich gemeinsam mit Verwandten aber ohne die sorgeberechtigten Eltern vorrangig in den Übergangseinrichtungen aufhalten.

Aktuell liegen seitens des MBSJ weder Zuwendungsbescheide noch mündliche Anfragen hinsichtlich Platzkapazitäten vor.

Das Gruppenangebot in Trägerschaft des EJF konnte aufgrund fehlender Voraussetzungen zur Inbetriebnahme durch die Bauaufsichtsbehörde noch nicht freigegeben werden. Hier ist der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gemeinsam mit dem MBSJ, dem Träger sowie dem Bauamt in enger Abstimmung.

Die Aufnahmequote der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) liegt nach Auskunft des MBSJ bei 6,67% aller dem Land Brandenburg zugewiesenen umA. Das MBSJ geht insgesamt noch immer von 139 umA aus, die die LHP im laufenden Jahr aufzunehmen hat.

Herr Tölke informiert, dass der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie aktuell große Probleme bei der Besetzung freier Sozialarbeiterstellen hat. Herr Tölke teilt die Sorge des Fachbereiches mit, dass eine weitere zeitliche Verzögerung den Ablauf von Projekten gefährden kann. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden in der nächsten Sitzung aktuell über den Besetzungsstand informiert.

### zu 3

#### **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** am 05.07.2016.

In der Sitzung hatten sich Vertreterinnen der Neverland gGmbH vorgestellt, da sie einen Antrag gemäß § 75 SGB VIII zur Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gestellt haben.

Aus dem Konzept ließ sich jedoch nicht eindeutig ein Profil herauslesen.

Herr Liebe verweist auf die Unzufriedenheit mit der Situation des Ribbeck Ecks. Er erinnert daran, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld eigentlich die Verpflichtung hat, weitere Jugendfreizeiteinrichtungen zu errichten. Der Unterausschuss hat sich dahingehend verständigt, dass die Errichtung der zwei geplanten Jugendfreizeiteinrichtungen befördert werden soll. Also weder eine Sanierung des Ribbeck-Eck noch eine einzige große Einrichtung in der Biosphäre verfolgt werden soll.

Herr Kolesnyk fragt, ob der Jugendhilfeausschuss diese Empfehlung mitträgt.

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass sich der Jugendhilfeausschuss schon lange mit dem Thema beschäftigt und eine gemeinsame Meinung dazu vertritt. Sie empfiehlt, im September einen neuen Antrag des JHA einzubringen.

Herr Ströber unterstützt die Meinung vom Unterausschuss.

Herr Kolesnyk wird mit dem Sanierungsträger Bornstedter Feld Kontakt aufnehmen und die Idee diskutieren, sich nicht ausschließlich auf die Biosphäre zu orientieren.

Das Thema sollte zur nächsten JHA-Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden, um danach einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Die **AG Hilfen zur Erziehung** hat seit dem letzten JHA nicht getagt. Herr Ströber teilt jedoch mit, dass eine Beratung zum Thema Kostenverhandlung zwischen der Stadt und freien Trägern stattgefunden hat. Dabei geht es auch um die Verhandlungskultur zwischen öffentlichen und freien Trägern. Ziel ist es eine Struktur zur Thematik zu entwickeln. Danach erfolgt die Befassung in der AG nach § 78 SGB VIII.

Frau Altenburg teilt mit, dass die **AG Jugendförderung** nicht getagt hat, aber dabei ist, ein World Café durchzuführen. Die Dokumentation dazu ist auf der Homepage zu finden.

Da Frau Schmidt-Fuchs am Ausschuss nicht teilnehmen konnte, bat sie in Abstimmung mit allen Mitgliedern der **Regionalen Jugendhilfe AG 2** folgende Informationen an den JHA zu geben.

In der letzten Sitzung am vergangenen Mittwoch fand die Vorstellung der Arbeit der Jugendförderangebote "OstbloQ" (el centro) Träger Chill out und "Sprözl" Träger ev. Kirchengemeinde Babelsberg statt.

Am 14.09.2016 plant die Regionalen Jugendhilfe AG 2, sich mit der Kindertagesbetreuung in den Sozialräumen IV und V zu beschäftigen (Bevölkerungsentwicklung und Bedarfsplanung 2017/18). Dazu wird Frau Sperfeld vom Kita-Tipp eingeladen.

Zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes Schule-Jugendhilfe in der LHP haben die

RAKs der Sozialräume IV und V viele Fragen zur Umsetzung. Diese werden durch die RAK-Koordinatoren an die Steuerungsgruppe geleitet.

#### **zu 4 Bericht der Jugendvertretung**

Von Seiten der Jugendvertretung gibt es keine aktuellen Informationen.

#### **zu 5 Bericht über die Arbeit des Antikonflikt-Teams**

Herr Kolesnyk verweist auf die Vorkommnisse bei den Gegenveranstaltungen anlässlich der „POGIDA“ Demos, bei denen viele junge Teilnehmer waren. Dies war ausschlaggebend für die Anfrage zur Vorstellung der Arbeit des Antikonflikt-Teams.

Herr Schurad bestätigt, dass viele Jugendliche anwesend waren. Es wurde deutlich, dass die Jugendlichen über ihre Rechte und Pflichten bei Demonstrationen unterrichtet werden müssen.

Herr Liebe erklärt, dass es aus dem Jugendhilfeausschuss heraus Bedenken gab, dass sich Kinder und Jugendliche auf den Demos befinden, die nicht wissen, wie man sich hier verhält. Ebenfalls gab es Befürchtung, dass die Polizei nicht ausreichend im Umgang mit dem Personenkreis vorbereitet ist. Daher ist die Anwesenheit des Antikonfliktteams bei Demonstrationen sehr wichtig.

Herr Schurad betont, dass Situationen im Gespräch geklärt werden müssen. Dies ist die Aufgabe des Antikonflikt-Teams. In Potsdam gab es bisher keine Erfahrungen mit der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen auf Demonstrationen.

Die Nachfrage von Frau Altenburg, ob Herr Schurad selbst zu den Demonstrationen anwesend war, wird durch ihn bejaht.

Herr Schurad macht deutlich, dass Gespräche des Antikonfliktteams mit allen Zielgruppen wichtig sind. Es erfolgt eine Begleitung von allen Demonstranten und gibt keinen Schwerpunktsetzung bei Kindern und Jugendlichen. Das Antikonflikt-Team ist optisch gut erkennbar und kann auch jeder Zeit angesprochen werden.

Frau Altenburg betont, dass es aus ihrer Sicht sinnvoll ist, gerade mit der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen ins Gespräch zu gehen.

Herr Schurad berichtet, dass es Erfahrungen gibt, dass gerade diese Zielgruppe nicht gesprächsbereit sei. Er betont, dass viele gewalttätige Aktionen von jungen Gruppen ausgehen. Das Alter der Jugendlichen ist für Außenstehende dabei schwer einschätzbar.

Herr Boede verweist in diesem Zusammenhang auch auf Erfahrungen bei Fußballspielen. Das Verhalten der Polizei ist hier zu kritisieren. Häufig käme es am Rande von Fußballspielen zu respektlosem Verhalten der Polizei gegenüber Jugendlichen. Die Jugendlichen werden geduzt bzw. provoziert.

Aus seiner Sicht ist es so nicht verwunderlich, dass sich Jugendliche nach diesen Erfahrungen nicht ansprechen lassen. Deshalb sollte das Antikonfliktteam gerade im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aktiv werden. Die Jugendlichen sollten respektvoll und als vollwertige Staatsbürger behandelt werden.

Herr Schurad betont, dass man aber auch beachten muss, wie die Jugendlichen auftreten.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass bei den Demos eindeutige Signale von Kindern und Jugendlichen gesendet werden, die ihre Unsicherheit verdeutlichen. Mit der Altersgruppe der 12- bis 13 Jährigen sollte daher eine Strategie erarbeitet werden, die den Fokus auf Prävention legt.

Herr Schurad erklärt, dass selbstverständlich Jugendliche angesprochen werden, aber die Altersgruppe stellt nicht den Schwerpunkt ihrer Arbeit dar. Zudem werden nur gesprächsbereite Jugendliche angesprochen.

Herr Schmolke erinnert daran, dass das Thema nach der ersten „POGIDA“ Demo aufkam. Dort waren gefährliche Situationen im Zusammenhang mit der Ausfahrt von Bussen der POGIDA Anhänger. Es gab die Befürchtung, dass sich die Jugendlichen der Gefahr nicht bewusst sind. Die Anfrage beim Antikonflikt-Team war ein Hilferuf, um eine Strategie in der Kommunikation zu besprechen. Die Jugendlichen unterschätzen, welche Dynamik in der Sache liegt.

Herr Schurad nimmt die Empfehlung mit und wird den Personenkreis stärker in Beachtung nehmen. Bisher hatte er die Wahrnehmung, dass die Jugendlichen nicht gesprächsbereit waren.

Herr Gehl ergänzt, dass das Antikonfliktteam ein Instrument der Polizeiführung ist. Die Aufgabe des Teams wird von den Mitgliedern des JHA falsch gesehen. Die Kollegen sind selbst nicht geschützt.

Er weist darauf hin, dass vor allem die Eltern eine Verantwortung für ihre Kinder haben, aber auch die Demonstranten und die Anmelder der Demonstration.

Frau Altenburg berichtet, dass der Stadtjugendring ebenfalls an den Demonstrationen teilgenommen hat. Es waren Unsicherheiten und Informationsdefizite bei Kindern und Jugendlichen zu erkennen. Daher gab es den Wunsch des Jugendhilfeausschusses darüber zu beraten, ob es nicht Sinn machen würde, Kinder und Jugendliche stärker in den Fokus zu nehmen. Nicht nur während der Demo, sondern auch danach.

Herr Schurad teilt mit, dass das Antikonfliktteam in naher Zukunft in Kommunikationsteam umbenannt werden soll. Es ist ein Angebot der Polizei, dass wahrgenommen werden kann. Er appelliert an Frau Altenburg, die Kinder und Jugendlichen an das Team zu verweisen.

Herr Wollenberg macht deutlich, dass man nicht alles an den Antikonfliktteams festmachen kann. Die Gegendemonstranten haben das Team als hilfreich empfunden. Wenn man offen aufeinander zugeht, kann man viele Konflikte lösen. Aber es sollte nicht nur eine Orientierung auf das Kommunikationsteam geben sondern an alle Teilnehmer.

Herr Kolesnyk erklärt, dass es die Wahrnehmung gab, dass bei den Gegenveranstaltungen anlässlich der „POGIDA“ Demonstrationen deutlich mehr jüngere Leute teilgenommen haben. Es gab Befürchtungen, dass die Kinder und Jugendlichen aus Situationen ohne Hilfe und Ansprache nicht mehr heraus kommen. Schuldzuweisungen sind an der Stelle nicht hilfreich.

Herr Schurad weist darauf hin, dass es viele Jahre keine Demonstration in diesem Ausmaß in der Stadt gab, daher wäre es hilfreich, auch in anderen Foren

über Demonstrationen zu reden und Rechte und Pflichten zu besprechen. Die Polizei steht hier unterstützend zur Verfügung.

Herr Liebe betont, dass den Jugendlichen die Gewaltenteilung im Staat deutlich gemacht werden muss. Der gelebte Demokratiedanke muss klarer dargestellt und auch in der Schule stärker beachtet werden.

Herr Ströber stellt klar, dass die Schulen in diesem Bereich bereits viel tun. Es kann auch zugesagt werden, dass in Jugendklubs viel getan werden kann. Es ist aber auch erforderlich, dass professionelle Unterstützung bei den Demonstrationen gegeben wird. Die Erstellung von Handouts für Kinder und Jugendliche, was auf Demonstrationen hilfreich ist, wäre sinnvoll.

Herr Schurad erklärt, dass es Flyer gibt, die die Rechte und Pflichten aufzeigen. Dieser Vorschlag wird also schon gepflegt und praktiziert. Auch die sozialen Netzwerke werden bedient.

Herr Kolesnyk dankt Herrn Schurad für die Ausführungen.

## **zu 6      Vorstellung der Arbeit der Jugendgerichtshilfe**

Frau Werner und Frau Recla berichten über die Arbeit der Jugendgerichtshilfe. Sie weisen darauf hin, dass die dritte Stelle der Jugendgerichtshilfe zurzeit vakant ist und neu besetzt wird. Sie stellen anhand einer Präsentation die Arbeit der Jugendgerichtshilfe vor.

Herr Liebe fragt nach dem Zeitaufwand bei 450 Fällen die derzeit durch zwei Sozialarbeiterinnen zu bewältigen sind. Er möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob bei steigenden Fallzahlen zukünftig drei Sozialarbeiterstellen bei der JHG ausreichend sind.

Frau Werner und Frau Recla teilen mit, dass der Aufwand bei den einzelnen Fällen sehr unterschiedlich ist. Die meisten Fälle befinden sich im Bagatellbereich. Der Betreuungsaufwand ist unterschiedlich. Bei Mehrfachtätern gibt es einen höheren zeitlichen Aufwand. Eine Aussage zu Durchschnittszeiten ist hier nicht möglich. Nach jetziger Einschätzung sind 3 Sozialarbeiterstellen ausreichend.

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass vor längerer Zeit darüber gesprochen wurde, wer für die Jugendhilfe das Antiaggressionstraining anbietet:

Daraufhin erklärt Frau Werner, dass dies vom Jugendrechtshaus im Zusammenhang mit dem EJF angeboten wird.

Frau Dr. Müller nimmt Bezug auf die sozialen Stunden in Jugendklubs und fragt, ob dies der richtige Ort dafür sei.

Frau Werner und Frau Recla erklären, dass nicht alle Stunden in Jugendeinrichtungen abgeleistet werden. Dies richtet sich auch nach Interesse und Engagement der Jugendlichen.

## **zu 7      Halbzeitbilanz zur Umsetzung des Jugendhilfeplans**

Frau Ukrow stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Halbzeitbilanz zur Umsetzung des Jugendhilfeplans vor.

Herr Ströber dankt Frau Ukrow für den Bericht. Er weist darauf hin, dass die Ausfüllarbeiten bei der Matrix im Workshop zwischenzeitlich sehr zählebig waren. Freie Träger beteiligen sich gerne an Planungsprozessen. Aufgrund der Regionalisierung in der LHP müssten die einzelnen regionalen Teile für sich selbst planen und entscheiden. Wenn es nicht bald zu einer Evaluierung der Regionalisierung kommt, macht aus seiner Sicht eine weitere Planung keinen Sinn.

Herr Tölke erklärt, dass es stimmt, dass Grundsatzentscheidungen getroffen werden müssen, ob die Jugendhilfeplanung regionalisiert werden oder eine Teilfachplanung für die gesamte Stadt erstellt werden soll. Er weist darauf hin, dass der Zeitplan von Frau Ukrow sehr eng bemessen ist. Deshalb muss schnell entschieden werden. Er selbst ist ein Verfechter von Fachplanung. Herr Tölke möchte sich daher im nächsten Unterausschuss mit dem Jugendhilfeplan und dem weiteren Umgang beschäftigen.

## **zu 8      Richtlinie für die Verhandlung und Festsetzung von Entgelten bei der Gewährung von stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung, sowie Projekten ohne Betriebserlaubnis im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam (Richtlinie Entgelte)**

**Vorlage: 16/SVV/0272**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie  
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt, bis die erforderliche Stellungnahme des MBSJ vorliegt.

## **zu 9      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 9.1    Richtlinie des Jugendamts der Landeshauptstadt Potsdam für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe**

**Vorlage: 16/SVV/0410**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Ukrow stellt die Richtlinie vor und erklärt, warum hier eine Regelung erfolgen muss. Sie weist darauf hin, dass die derzeit noch gültige Regelung/Richtlinie aus dem Jahre 1992 stammt und somit antiquiert ist. Die Richtlinie muss angepasst und verändert werden.

Daher haben Frau Ukrow und Herr Liebe die Richtlinie überarbeitet.

Neu ist, dass der Träger auch eine kommunale Vereinbarung zum Kinderschutz abgeben muss. Eine Beteiligung wird erwartet.

Unter § 4 wird auch der Gesellschaftervertrag und nicht nur das Konzept abgefordert.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Richtlinie des Jugendamts der Landeshauptstadt Potsdam für die Anerkennung

von Trägern der freien Jugendhilfe (gemäß Anlage)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

**zu 10 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 10.1 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0296**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

- Wiedervorlage -

Frau Trauth-Koschnick informiert, dass der Teilhabeplan aufgrund eines Stadtverordneten Beschlusses und auf der Grundlage des rechtlichen Rahmens der UN Behindertenkonvention erstellt wurde. Die Erarbeitung erfolgte im Rahmen eines Werkstattverfahrens. Daraus wurden 180 Maßnahmen erarbeitet und formuliert.

Die Steuerung erfolgt durch das Inklusionsgremium, Querschnittsaufgaben bleiben aber dennoch in der fachlichen Zuständigkeit der einzelnen Fachbereiche.

Die 180 Maßnahmen wurden aufgrund der großen Anzahl hinsichtlich ihrer Kosten und des Wirkungsgrades priorisiert. Insgesamt sind es 59 prioritäre Maßnahmen (davon 36 begonnen, 12 erledigt, 11 Maßnahmen haben noch nicht begonnen).

Frau Altenburg betont, dass die leichte Sprache viel mehr ausgebaut werden sollte, z.B. die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung. Dies wäre auch im Rahmen der Beteiligungsarbeit für die Kinder sehr gut, aber auch für Menschen mit Migrationshintergrund besser verständlich. Frau Trauth-Koschnick ergänzt, dass dies auch für ältere Menschen gut sei, da die kognitiven Fähigkeiten schlechter sind.

Frau Matthesius weist darauf hin, dass auch noch nicht alle leicht umsetzbaren Projekte umgesetzt sind. Das zeigt, dass es doch nicht so einfach ist. Es wäre ein Signal der Stadt an der Stelle, die leichte Sprache viel öfter umzusetzen.

Herr Richter möchte eine Umfrage zu barrierefreien Freizeit- und Sportangeboten starten.

Ein gutes Ziel wäre die Barrierefreiheit für alle Einrichtungen.

Frau Dr. Müller spricht sich für die finanzielle Unterbreitung der Maßnahmen aus, da außenstehende und Stadtverordnete nicht wissen, was welche Maßnahme kostet. Die erledigten Maßnahmen sollten aus taktischen Gründen aus der Tabelle genommen werden

**zu 11 Sonstiges**

Herr Kolesnyk informiert, dass der Ausschuss für Bildung und Sport und der Jugendhilfeausschuss am 21.02.2017 eine gemeinsame Sitzung durchführen wollen. Er stellt dies zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Herr Schmolke macht mit Flyern auf das Gardening-Projekt aufmerksam und informiert, dass der Jugendclub im Zentrum Ost einen neuen Namen – OstbloQ - hat.

Frau Trauth-Koschnick informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam einen Jugendpreis auslobt. Sie würde es sehr begrüßen, wenn es eine große Beteiligung geben würde. Es wird auch ein Preisgeld in Höhe von 500 Euro ausgelobt werden für - Geschlechtergerechtigkeit.

Des Weiteren teilt sie mit, dass es eine regelmäßige Arbeitsgruppe „Frauengewalt“ gibt. Diese wird gerade in den Gemeinschaftsunterkünften vorgestellt. Es werden auch Gespräche mit den Sozialarbeitern geführt.

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 22. September 2016, 16:30 Uhr**

**David Kolesnyk**  
**Ausschussvorsitzender**

**Nicole Dörnbrack**  
**Schriftführerin**